

16./II. 1916.

Ernährungsfragen im Abgeordnetenhaus

freuen uns darüber, daß ein so wichtiger Beruf ohne erhebliche Schädigung aus diesem Kriege hervorgeht. Die Knappheit aber wird auch noch lange Zeit nach dem Kriege anhalten und die Landwirtschaft kann daher auch dann noch mit erhöhten Preisen rechnen. Ja, Professor Hans Delbrück steht sogar auf dem Standpunkt, die Preise nach dem Kriege würden so hoch sein, daß man

einzelne Zölle ruhig aufheben

könne. Wenn aber die Dinge so liegen, dann liegt keine Veranlassung vor, im Interesse einer ausreichenden Versorgung des Marktes die landwirtschaftliche Erzeugung durch besondere Zuschüsse noch zu fördern. Wir beantragen, den in Frage kommenden Antrag des Ausschusses, der diese Möglichkeit zuläßt, zu ersehen durch das Ersuchen an die Regierung, Maßnahmen zu treffen, um durch Gewährung von Zuschüssen des Staates und Reiches die Kommunen und Kommunalverbände in die Lage zu versetzen, in Notfällen der minderbemittelten Bevölkerung, namentlich den Kriegerfamilien, und Kriegshinterbliebenen unentbehrliche Nahrungsmittel zu einem unter dem Erwerbspreise liegenden Preise zur Verfügung zu stellen. Wir verhehlen uns nicht, daß eine solche Maßnahme eine erhebliche Belastung der Kommunen mit sich bringen kann. Für den städtischen Grundbesitz hat die Regierung ganze zehn Millionen, die ein Tropfen auf dem heißen Stein sind, bereitgestellt. Andere Berufszweige erhalten gar nichts und es würde daher nicht verstanden werden, wenn nur die Landwirtschaft größere Summen erhalten würde. Wir wünschen eine baldige Erhöhung der Brottration und sind mit dem Grafen Westarp der Zuversicht, daß aus wirtschaftlichen Gründen der Krieg nicht einen Tag früher beendet zu werden braucht, als die politische und militärische Lage es erfordert. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. **Verzen** (rtl.): Das Problem: auf der einen Seite durch ausreichenden Verdienst die Produktion anzuregen, und auf der anderen Seite die notwendigen Produkte nicht zu stark im Preise steigen zu lassen, muß von uns gelöst werden. Ohne Zwangsmaßnahmen wird es aber nicht gehen. Die zu frühzeitige Erhöhung der Brottrationen war ein Fehler; man hätte damit warten sollen, bis man wußte, daß man dies würde dauernd beibehalten können. Den Schwerarbeitenden müssen Zusatzlöhne gewährt werden, das geschieht auch, soviel ich weiß. In der Landwirtschaft wurden früher 80 v. H. der Kartoffeln und mehr verfüttert; wenn die Verfütterung nicht mit einem Schlage aufgehört hat, so kann man daraus nicht allzuschwere Vorwürfe herleiten, wenn man die landwirtschaftlichen Verhältnisse kennt. (Zuruf v. d. Soz.: In den Städten mangelt es an Kartoffeln.) Da müssen Sie sich an die Behörden wenden. (Zuruf: Das haben wir getan.) Fehlen die Kartoffeln als Futter, so muß passender Ersatz gewährt werden. Im übrigen stehe ich auf dem Boden der Ausschlußbeschlüsse. (Beifall.)

Abg. **Westermann** (ntl.): Als bekannt wurde, daß uns die Ernte zu vorsichtiger Regelung des Verbrauchs veranlaßt, entstand eine gewisse Mißstimmung zwischen Stadt und Land, zu der besonders die Stockungen in der Kartoffelzufuhr beitrugen. Die Ausschlußverhandlungen haben mich aber in der Ueberzeugung bestärkt, daß wir durchhalten. Die Erhöhung der Brottration im Vorjahr verdient keinen Tadel. Die Differenz zwischen den einzelnen Bestandaufnahmen ist darauf zurückzuführen, daß an ihnen verschiedene Personen mitgewirkt haben; eine Absicht lag hier nicht vor. — An dem Auftreten eines Kartoffelmangels im vorigen Jahre war die zu spät erfolgte Regelung durch den Bundesrat schuld. Die Produzentenhöchstpreise hätten schon früher erhöht werden müssen, ohne daß deswegen die Kleinverkaufspreise hätten steigen müssen. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Dasselbe gilt vom Hafer. Die Sicherstellung der Kartoffelversorgung darf nicht auf die lange Bank geschoben werden, wir scheuen nötigenfalls auch vor der Beschlagnahme der für die Volksernährung nötigen Kartoffelmengen nicht zurück. Die Saatkartoffeln sind zu teuer, erschwert die notwendige Erweiterung des Kartoffelbaues. Dauerlicherweise hat die holländische Konkurrenz im letzten Jahrzehnt den Gemüsebau im Westen ungünstig beeinflusst; es sind mancherlei Maßnahmen nötig, um hier Besserung zu schaffen. Den Erfolgen der wissenschaftlichen Arbeit zur Bereitstellung neuer Futterstoffe steht die Landwirtschaft mit größtem Interesse entgegen. — Die Förderung der Schweinehaltung ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Gegen die provinziellen Viehhandels-syndikate bestehen doch eine Reihe von Bedenken. Alle unsere Beschwerden erscheinen unseren Söhnen und Brüdern an der Front doch überaus gering.

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr.

Schluß gegen 6 Uhr.